

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Hauptausschuss</b>		
Sitzungsort <b>Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14</b>		
Datum <b>02.02.2012</b>	Beginn <b>17:00 Uhr</b>	Ende <b>18:15 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Kirschner, Thorsten	ab 17:03 Uhr - TOP A 2
Orentat-Steding, Ingrid	
Philipp, Gerd E.	
Schier, Klaus Peter	
Grüntker, Hermann	Vertretung für Herrn Flüshöh
Hens, Bernd	ab 17:20 Uhr - TOP A 6
Kampschulte, Matthias	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Schwunk, Michael	
Stark, Wolfgang	
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	
Bockelmann, Christian Dr.	

## Vorsitzender

Stobbe, Jochen	
----------------	--

## stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.	
Sartor, Christiane	

## Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Effert, Susanne	
Guthier, Wilfried	
Heringhaus, Petra	
Klos, Karlheinz	
Kuss, Jürgen	
Rudolph, Heike	
Schweinsberg, Ralf	
Sormund, Frank	
Striebeck, Thomas	

Wach, Nicole	
Weidner, Gabriele	

**Schriftführer/in**

Söhner, Edeltraud	
-------------------	--

Abwesend:

**Mitglieder**

Flüshöh, Oliver	Vertretung durch Herrn Grüntker
-----------------	---------------------------------

## **A Öffentliche Tagesordnung**

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.11.2011 und 08.12.2011	
4	Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung	
5	Mitteilungen	
6	Optimierung der Reinigung	007/2012
6.1	Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 14.12.2011	007/2012/2
7	Bebauungsplan Nr. 92 "Drosselstrasse" 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (2) BauGB 2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4 (2) BauGB 3. Satzungsbeschuß gem. § 10 BauGB	002/2012
8	Bebauungsplan Nr. 95 "Brauerei" 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB	008/2012
9	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	

## A Öffentliche Tagesordnung

<b>1</b>	<b>Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n</b>	
----------	--	--

Herr Stobbe begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

<b>2</b>	<b>Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit</b>	
----------	---	--

Anschließend stellt der Bürgermeister die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest, bevor er zur Tagesordnung die nachstehende Ergänzung vorträgt:

### HINZUKOMMENDE VORLAGE

#### **Neu A 6.1 – VL 007/2011/2:**

„Antrag Bündnis'90/Die Grünen vom 14.12.2011“

*Die Vorlage 007/2012/2 liegt auf den Tischen aus. Sie ersetzt VL 007/2012/1, die im FA ausgelegt bzw. zugeschickt wurde. Aus Gründen der Darstellung im System musste die VL 007/2012/1 anders gegliedert werden.*

Nach sich anschließender einstimmiger Beschlussfassung über die Ergänzung ergibt sich nachfolgende weitere Tagesordnung:

<b>3</b>	<b>Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.11.2011 und 08.12.2011</b>	
----------	--	--

Die Niederschriften vom 17.11.2011 und 08.12.2011 werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

<b>4</b>	<b>Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung</b>	
----------	--	--

keine

<b>5</b>	<b>Mitteilungen</b>	
----------	---------------------	--

Herr Schweinsberg berichtet über eine gestrige Mail des Herrn Dürwald vom Jobcenter.

Hinsichtlich der Umstellung in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) gebe es gravierende rechtliche Bedenken gegen den aufgestellten Satzungsentwurf.

Der Kreistag sei am Montag hierüber in Kenntnis gesetzt worden.

Es müsse nun eine andere Gliederung überlegt werden.

Alternativ käme die alleinige Trägerschaft des Kreises in Form eines sogenannten Kreisamtes in Betracht oder das Jobcenter als AöR, in der die kreisangehörigen Städte nicht in „erster Ebene“ in den Verwaltungsrat der AöR einbezogen werden könnten, sondern die Einbeziehung allein auf der „zweiten Ebene“ über die Wahl des Kreistages erfolge.

Auf jeden Fall sei der Starttermin 01.07.2012 des Jobcenters AöR gefährdet.

Herr Schweinsberg sichert der Politik zu, sofort zu berichten, sobald ihm weitere Informationen vorliegen.

Herr Stobbe informiert den Ausschuss über die von Herrn Grüntker und Herrn Flühöh wahrgenommene Akteneinsicht in Sachen Reinigung.

<b>6</b>	<b>Optimierung der Reinigung</b>	<b>007/2012</b>
----------	----------------------------------	-----------------

Siehe Ausführungen zu TOP A 6.1 !

<b>6.1</b>	<b>Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 14.12.2011</b>	<b>007/2012/2</b>
------------	--	-------------------

Bürgermeister Stobbe nimmt Bezug auf die zum Thema Reinigung im Finanzausschuss am 26.01.2012 geführte Diskussion, in dem die Beschlussfassung letztendlich in den Hauptausschuss vertagt wurde.

Er habe den Fraktionen die dort zugesagten Informationen inzwischen zugeleitet.

Herr Grüntker bedankt sich für die zur Verfügung gestellten Daten, weist aber im Hinblick auf den Umfang der Informationen darauf hin, dass sich die Fraktion der CDU noch nicht zu einer abschließenden Beschlussfassung in der Lage sehe.

Er bittet auch um Beantwortung folgender Fragen:

1. Handelt es sich bei den für die Eigenreinigung angeführten Leistungswerte um die Werte, die erreicht sind, oder die erreicht werden sollen ?
2. Wurden vom Gutachter für den Einstieg die tatsächlichen Personalkosten zu Grunde gelegt oder alle Reinigungskräfte in Entgeltgruppe 1 eingestuft ?
3. Ist es möglich, seiner Fraktion eine aktuelle Liste über sämtliche voraussichtlich ausscheidenden Reinigungskräfte zukommen zu lassen ?

Nach kurzer Erörterung, dass der Politik bereits eine Auflistung der Reinigungskräfte vorliegt, sagt Herr Striebeck zu, die vorhandene Auflistung nochmals zu überprüfen und in aktueller Form allen Fraktionen erneut zur Verfügung zu stellen.

Zur Beantwortung der weiteren Fragen wird der Gutachter, Herr Dr. Schulz, durch Bürgermeister Stobbe zunächst herzlich begrüßt, bevor er zu Frage 1 und 2 wie folgt Stellung nimmt.

*Die Leistungswerte, die im Gutachten zu Grunde gelegt wurden, seien die Werte, die die Reinigungskräfte zukünftig erbringen sollen.*

*Als Einstiegswert wurde der „Ist-Zustand“ angesetzt, nicht die niedrigste Lohngruppe.*

Es schließt sich eine kurze Diskussion an, in der die seinerzeit bei Beschlussfassung im Rat im Mai letzten Jahres von den einzelnen Fraktionen eingenommenen Positionen reflektiert werden.

Herr Schwunk bemängelt, dass er von dem Zugang der CD mit den Informationen erst so spät Kenntnis erhalten habe und dementsprechend noch Beratungsbedarf in der Fraktion bestehe.

Herr Grüntker stellt nach der Geschäftsordnung Antrag auf Vertagung des Themenkomplexes samt dazugehöriger Anträge.

Herr Gießwein erklärt Bereitschaft, den Antrag auf Vertagung mitzutragen.

Anschließend fordert Herr Stobbe zur Abstimmung über den vorgetragenen Vertagungsantrag auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	
	Enthaltungen:	6

Im Anschluss an die Abstimmung über den Antrag nach der Geschäftsordnung erkundigt sich Herr Kampschulte, ob dem Gutachter der Auftrag komplett über alle vier Module erteilt worden sei.

Dies bejaht Herr Striebeck mit dem Hinweis, dass die Module nun einzeln abgearbeitet werden.

Abschließend bittet Herr Striebeck Herrn Schwunk unter Bezugnahme auf die von ihm für die Zustellung der CD genutzten Adresse der Kreisgeschäftsstelle der FDP-Fraktion in der Kölner Straße 31 um Mitteilung, wohin der FDP-Fraktion zukünftig wichtige Informationen zugeleitet werden sollen.

Herr Stobbe bedankt sich bei Herrn Dr. Schulz für seine Ausführungen und verabschiedet ihn.

<b>7</b>	<b>Bebauungsplan Nr. 92 "Drosselstrasse"</b> <b>1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (2) BauGB</b> <b>2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4 (2) BauGB</b> <b>3. Satzungsbeschuß gem. § 10 BauGB</b>	<b>002/2012</b>
----------	---	-----------------

**Beschluss:**

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen werden, wie in der Sitzungsvorlage 002/2012 dargestellt, abgewogen.
2. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen werden, wie in der Sitzungsvorlage 002/2012 dargestellt, abgewogen.
3. Gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S.666) in der zur Zeit gültigen Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 92 „Drosselstrasse“ der Stadt Schwelm als Satzung und die zugehörige Begründung vom 20. Januar 2009 beschlossen.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 29.08.2011) Gemarkung Schwelm, Flur 19, Flurstücke: 153-155, 162, 849, 1037, 1039 tlw. und 1049.

Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs.7 BauGB).

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

<b>8</b>	<b>Bebauungsplan Nr. 95 "Brauerei"</b> <b>1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB</b> <b>2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB</b> <b>3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB</b>	<b>008/2012</b>
----------	---	-----------------

Herr Kranz erkundigt sich, warum in der Vorlage unter der Überschrift „Zielkonzept“ die „Sicherung des Brauereistandes“ aufgeführt werde.

Herr Stobbe bringt in Erinnerung, dass dies der Wunsch der Politik gewesen sei, diesen Standort für die Brauerei zu erhalten und sicher zu stellen, dass dies möglich bleibt.

Herr Feldmann erkundigt sich, was mit dem Begriff „Darlegungskonzept“ unter Punkt 3 des Beschlussvorschlages gemeint sei.

Herr Sormund erläutert, dass darunter die Anlage 1 zu verstehen sei.

Herr Schwunk hält die Sicherung des Brauereistandortes grundsätzlich für richtig, es aber auch für zwingend erforderlich, in diesem Zusammenhang ein Gesamtkonzept für die Innenstadt aufzustellen. In diesem sollte der gesamte Bereich um die Brauerei herum – wie z.B. der Neumarkt – mit einbezogen werden.

Herr Stobbe verweist hierzu auf das vorhandene Stadtentwicklungskonzept.

Herr Philipp bezieht sich auf die Ausführungen im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung am 31.01.2012 und erklärt, dass er dort die Rücknahme des FDP-Antrages über die Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 95 sehr begrüßt habe. Eine isolierte Betrachtungsweise nur des Brauereigeländes sei gar nicht möglich. Dies habe Herr Lethmate im AUS ausführlich dargestellt.

Herr Feldmann erläutert unter Bezugnahme auf das seinerzeit beschlossene Rahmenplan-Innenstadtkonzept die Beweggründe, warum sich die Fraktion DIE LINKE. der Stimme enthalten werde.

Frau Gießwein teilt mit, dass sich auch die Fraktion B'90/Die Grünen enthalten werde, der alleinige Grund dafür aber sei, dass sie sich innerhalb der Fraktion noch nicht beraten konnten.

Herr Rüttershoff kündigt ebenfalls seine Enthaltung an, da ihm die Planung zu kurz gegriffen sei.

Herr Stobbe weist nochmals darauf hin, dass man sich hier zunächst im Aufstellungsbeschluss befinde, der lediglich die Grenzen darstelle, wie es aussehen könnte.

### **Beschluss:**

1. Gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509) geändert worden ist, wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Brauerei“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung gem. § 2 (5) BauGB, vom Umweltbericht gem. § 21 BauGB, der Angabe gem. § 3 (2) Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 (4) BauGB wird abgesehen; § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.  
Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 19, Flurstücke 114 tlw., 117, 118, 122, 124, 125, 126, 130, 131, 132, 793, 794, 796, 841 tlw., 842 tlw., 843 tlw., 973, 974, 975, 1034 tlw. sowie Flur 20, Flurstück 566 tlw.. Den genauen Geltungsbereich setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7) BauGB.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB für die Dauer von zwei Wochen durchzuführen. Die öffentliche Auslegung ist durch eine Bürgerversammlung einzuleiten, in der die Öffentlichkeit über Ziele und Zwecke der Planung zu informieren ist. Während dieser Veranstaltung wird der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Äußerung und

Erörterung gegeben. Ort und Zeit dieser Veranstaltung wird die Verwaltung zu gegebener Zeit ortsüblich bekannt geben.

- Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	5

<b>9</b>	<b>Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung</b>	
----------	--	--

Herr Grüntker führt die im Martfelder Wald stattfindenden Holzfällarbeiten an, die mit schwerem Gerät durchgeführt werden. Deren Einsatz versetzt die Waldwege in einen schrecklichen Zustand.

Er erkundigt sich, ob die Wege nach Abschluss der Arbeiten wieder in ihren ursprünglichen Zustand hergestellt werden.

Herr Striebeck geht davon aus, dass dies ebenso wie in den Vorjahren geschehen werde, werde sich aber bei den TBS erkundigen und Bescheid geben.

Herr Feldmann knüpft an die Zustände im Schwelmer Wald an und bemängelt, dass nach dem Sturm „Kyrill“ zwar sehr viel Aufräumarbeit stattgefunden habe, sich trotz allem aber noch sehr viel Holzreste im Waldbereich befinden, die scheinbar einfach in das Gelände geworfen worden seien.

Herr Striebeck sagt zu, seine Anfrage an die TBS um diese Anfrage zu erweitern.

Herr Philipp nimmt Bezug auf die zum Thema „Winterdienst“ und „Errichtung von Halteverbotszonen“ stattgefundenen Ortsbesichtigung und führt die während der Besichtigung von Herrn Sieker (SWG) vorgetragene Anregung an, dass die Feuerwehr nach ähnlichen Situationen in Schwelm Ausschau halten möge. Er erkundigt sich, ob sichergestellt sei, dass diese Anregung weitergegeben wurde.

Herr Schweinsberg erklärt hierzu, dass die Angelegenheit für Dienstag nächster Woche auf die Tagesordnung genommen worden sei.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 9 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 03.02.2012	Schriftführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------